

Neue Regierung mit rechtsliberaler Schlagseite

Ein bürgerliches Viergespann hat die Schlüsselpositionen übernommen, die aus der SP stammenden Minister sind eher Staffage. Die bürgerlichen Minister stehen für den von Macron versprochenen Sparkurs und die Liberalisierung des Arbeitsrechts, gleichzeitig schwächen sie das Lager der bürgerlichen Gegner von Macron.

In ihren zentralen Belangen, also der Wirtschafts- und Sozialpolitik, offenbart die Zusammensetzung der neuen französischen Regierung eine rechtsliberale Schlagseite.

Nachdem Präsident Emmanuel Macron bereits einen Politiker der bürgerlichen Sammelpartei *Les Republicains* (LR), Edouard Philippe, zum Premier ernannt hatte, wurden jetzt zwei weitere LR-Persönlichkeiten in die Regierung geholt: Bruno Le Maire, ein 48-jähriger Hoffnungsträger der LR und vormaliger Landwirtschaftsminister, wurde jetzt Wirtschaftsminister, sein Parteikollege, Gérald Darmanin Minister des öffentlichen Diensts und Budgets. Als dritte in diesem betont wirtschaftsfreundlichen Trio scheint Arbeitsministerin, Murielle Pénicaud, auf. Diese war Leiterin der Agentur für Betriebsansiedelungen in Frankreich.

Die Vier, rechnet man den Premierminister dazu, sind Garanten für die, von Macron angekündigte Sparreform der Staatsverwaltung und Liberalisierung des Arbeitsrechts ó im Widerstreit mit den Gewerkschaften. Gleichzeitig wirken sie als Attraktionskräfte auf bürgerliche Wähler bei den bevorstehenden Parlamentswahlen und verschärfen die Spaltung der LR zwischen einem Macron-freundlichen und einem Macron-feindlichen Flügel.

Zwei prominente liberale Sozialisten sind auch präsent: der bisherige Verteidigungsminister Jean-Yves Le Drian wurde Außenminister. Der Bürgermeister von Lyon, Gérard Collomb, Innenminister. Der Chef der Zentrumsparterie MODEM, Francois Bayrou, wurde Justizminister, seine Stellvertreterin Marielle de Sarnez ist Europaministerin, und die EU-Parlamentarierin Sylvie Goulard wurde Verteidigungsministerin. Unter den 22 Regierungsmitgliedern sind Frauen und Männer strikt paritätisch vertreten.

Die Rolle des alternativen Hoffnungsträgers übernimmt ein populärer Umweltschützer, Nicolas Hulot, als Minister für ökologischen und solidarischen Übergang. Er ist zumindest formell in der Rangliste der Regierung der drittichtigste Minister.

DANNY LEDER, PARIS